

# Die Wehen des Brexit

**Handelspolitik:** Die Alternativen zur britischen EU-Mitgliedschaft sind für beide Seiten mit Vor- und Nachteilen verbunden

DIRK MEYER

Was vor kurzem kaum vorstellbar war, ist Realität geworden: Die EU droht zu zerreißen – ökonomisch an der Währungsunion und jetzt auch politisch am Brexit-Referendum. Während ein Grexit lediglich die Konsequenz des Scheiterns des kleinen Griechenlands an dem bereits aufgewickelten Regelwerk des Euro wäre, ist der Brexit-Entscheid Ausdruck einer existenziellen Kritik an der europäischen Integration.

Egal, wie die Briten selbst mit ihrem Brexit-Votum umgehen werden: Die Instabilität der EU ist gefährlich angestiegen und die Fliehkräfte in verschiedenen Mitgliedstaaten wachsen (JF 27/16). Deshalb hat eine Brexit-Lösung sowohl die britischen Interessen an einer Rückgewinnung ihrer staatlichen Souveränität, das Interesse der verbleibenden Mitglieder an einer gedeihlich-stabilen supranationalen Gemeinschaft und die Einhegung der destabilisierenden Fliehkräfte in den jeweiligen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Welche Möglichkeiten stehen zur Diskussion?

## Der regulierten EU droht erhebliche Konkurrenz

Zunächst die wohl schlechteste Alternative: Ohne eine Einigung droht Großbritannien der Rückfall als ein normales Mitglied der Welthandelsorganisation ähnlich Botswana oder Bangladesch. Es bestünde allerdings die Möglichkeit der einseitigen Handelsliberalisierung, um mit dieser Deregulierungsstrategie als eine Art „Singapur Europas“ Wohlstandsgewinne bei Dienstleistungen zu realisieren, beispielsweise als Offshore-



**Picknick für EU-Verbleib in London:** Was geschieht mit den britischen EU-Beamten und deren Pensionen?

Finanzzentrum. Die regulierte EU müßte erhebliche Konkurrenz befürchten.

Zugleich könnten englische Industrien wie Stahl protektionistisch geschützt und die Zuwanderung begrenzt werden. Das Problem: 44 Prozent der Exporte – entsprechend 14 Prozent des britischen BIP – gehen in die EU, und 53 Prozent der Importe kommen aus der EU. Bei durchschnittlichen EU-Zöllen gegenüber Drittstaaten von 4,3 Prozent für Exporte in die EU und 3,8 Prozent für Importe aus der EU würde bei unveränderten Handelströmen das zusätzliche Zollvolumen zirka 28 Milliarden Euro betragen, das Sechsfache des britischen

Nettobeitrages in die EU. Bilaterale Freihandelsabkommen ähnlich dem EU-Kanada-Abkommen (Ceta) wären daher notwendig, benötigen aber wohl fünf bis sieben Jahre der Aushandlung. Derzeit ist das Land über die EU an 33 Freihandelsabkommen mit 62 Nicht-EU-Staaten beteiligt, die alle neu verhandelt werden müßten.

Auch deshalb werden insbesondere zwei Anbindungen an die EU diskutiert. Ähnlich Norwegen, Island und Liechtenstein könnte Großbritannien dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören. Die den diskriminierungsfreien Marktzugang sichernden Binnenmarktregeln würden bis auf Einschränkungen im Agrarhandel fortbestehen. London als europäisches Finanzzentrum könnte über den sogenannten EU-Paß seine Finanzdienstleistungen weiterhin EU-weit anbieten. Demgegenüber basiert das Schweizer Modell auf sektoralen Abkommen mit der EU. 1999 wurden sieben Verträge (Bilaterale I: Personenfreizügigkeit, Abbau technischer Handelshemmnisse, öffentliche Auftragsvergabe, Forschung, Agrarhandel, Land- und Luftverkehr) abgeschlossen. 2004 kam ein weiteres Abkommen (Bilaterale II: Lebensmittel, Tourismus, Zinsbesteuerung, Sicher-

heit, Betrugsbekämpfung, Asyl, Umwelt, Kultur) hinzu. Dienstleistungen, speziell Finanzdienstleistungen sind jedoch weitgehend außen vor geblieben.

Beide Alternativen sind für die Briten angesichts der Austrittsgründe jedoch kaum akzeptabel: Nicht nur müßten alle EU-Gesetze inklusive die Arbeitnehmerfreizügigkeit in nationale Gesetze überführt werden und dies, ohne am Verhandlungstisch mit zu entscheiden. Zudem zahlt Norwegen jährlich 388 Millionen Euro für das EWR-Privileg, pro Einwohner 98 Prozent des derzeitigen britischen Nettobeitrag an die EU.

## Qualifizierte Mehrheit für einen EU-Austrittsvertrag?

Die gezeigten Möglichkeiten sind aber nicht nur aufgrund der britischen Interessenlage unrealistisch. Gemäß Artikel 50 EU-Vertrag muß ein Abkommen innerhalb von zwei Jahren verhandelt sein. Eine Fristverlängerung wäre nur einstimmig möglich. Detailfragen wie die Finanzierung von EU-Projekten im südenglischen Cornwall und im Nordosten Englands stehen an. Was geschieht mit den britischen EU-Beamten und deren Pensionen?

Hält sich Großbritannien bis zum Austritt an das EU-Recht – auch bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit? Sodann benötigt ein Austrittsvertrag eine qualifizierte Mehrheit, bei der 20 von 27 EU-Staaten (72 Prozent) zustimmen müssen, die zugleich 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten. Am Ende steht die Ratifikation aller Mitgliedstaaten. Fazit: Der Erfolg dieser zeitlich und substantiell anspruchsvollen Prozedur ist kaum wahrscheinlich.

**Prof. Dr. Dirk Meyer** lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

# Köln und Leverkusen trennen Welten

**Müllgebühren-Studie:** Gewaltige Unterschiede zwischen den deutschen Städten / Flensburg, Mainz und Chemnitz günstig / Einsparpotentiale vorhanden?

CHRISTIAN SCHREIBER

Köln und Leverkusen trennt nur der Rhein, der rechtsrheinische Stadtbezirk Mülheim grenzt sogar direkt an die Bayer-Heimat. Die zusammen 1,2 Millionen Einwohner verbindet die typische „kölsche Mundart“. Geht es jedoch um die Müllgebühren, trennen die beiden Rheinmetropolen allerdings Welten: Während der Kölner für einen siebentägigen Müllservice 394,02 Euro jährlich zahlt, muß der Leverkusener für den gleichen Vollservice 908,85 hinblättern.

Das geht aus einem Vergleich der 100 größten deutschen Städte durch das Forschungsunternehmen IW Consult hervor. Auftraggeber der Studie war der Eigentümerverband Haus & Grund, der umgehend eine Anpassung der Entsorgungskosten forderte. „Die Müllabfuhr muß nicht teurer sein. Das beweisen die Top-Städte unseres aktuellen Müllgebührenrankings“, stellte Präsident Kai Warnecke fest. In der Studie wurden die Kosten der Müllabfuhr für eine vierköp-

fige Familie unter Berücksichtigung des Abholrhythmus und des Serviceumfangs miteinander verglichen. „Zwischen der günstigsten und teuersten Stadt liegen 600 Euro im Jahr. Dafür gibt es Gründe, die die Kommunen jetzt dringend analysieren müssen“, forderte Warnecke. Er betonte, daß keine Stadt an den Pranger gestellt werden solle. Die Studie solle Motivation sein, den Bürgern künftig eine gleiche Servicequalität zu niedrigeren Preisen anzubieten.

Zwischen den Müllgebühren der bundesweit billigsten Stadt Flensburg (147,27 Euro) und Spitzenreiter Leverkusen liegen im Extremfall sogar 761,58 Euro im Jahr. Die Daten stammen hauptsächlich aus den Satzungen der Städte. Bei einem Großteil der Kommunen legten die Autoren auch Schätzungen zugrunde, um einen Vergleich der unterschiedlichen Tarifgruppen zu ermöglichen. Das Bundeskartellamt hatte 2015 begonnen, die Müllgebühren in Deutschland zu prüfen, eine Entscheidung steht allerdings noch aus. Die Wettbewerbsbehörde sieht Anzeichen

dafür, daß der Wettbewerb in der Müllbranche kaum funktioniert. Vor allem in den bevölkerungsreichen Bundesländern stechen zum Teil frappierende Unterschiede ins Auge. Nirgendwo ist der Müll so teuer wie in Leverkusen. Bei wöchentlicher Abholung zahlt dort eine Familie im Teilservice 739,29 Euro im Jahr. Hier stellt der Besitzer die Mülltonnen selbst an die Straße.

## Komplexe Kombination verschiedener Bestandteile?

Besonders teuer ist es in Nordrhein-Westfalen außerdem in Moers, Bergisch Gladbach und Lünen. Auch Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach haben eher hohe Gebühren. Am niedrigsten sind die NRW-Müllgebühren in Solingen, hier liegen sie bei 172,34 Euro, und das sogar im Vollservice – also wenn die Mülltonnen durch den Entsorger vom Grundstück abgeholt, entleert und wieder zurückgestellt werden. Relativ günstig kommen auch Eigentümer in Ratingen, Essen und Gelsenkirchen weg.

In den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebietes sind die Gebühren durchgehend günstig. Mainz liegt dabei auf Platz 6 der geringsten Müllgebühren, Wiesbaden auf Platz 15, Frankfurt auf Platz 28 und Darmstadt auf Platz 29.

In Sachsen geht die Schere dagegen weit auseinander. Dort landete Leipzig nur auf Platz 79. Dresdens Müllabfuhr war auf Platz 67 kaum günstiger. Eine echte Spitzenposition nimmt dagegen Chemnitz ein: Die Müllabfuhr in der westsächsischen Stadt ist nach der in Flensburg die zweitgünstigste. Leipzigs Stadtverwaltung kritisierte das Ergebnis der Studie allerdings als „nicht nachvollziehbar“. In Leipzig gebe es nur Teilservice, bei dem die Tonnen bereitgestellt werden. „Somit haben die Werte zum Vollservice keine Relevanz und somit wäre methodisch keine Aussage dazu möglich“, teilte Umwelt- und Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal (Linke) der *Leipziger Volkszeitung* mit.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) warb um Verständnis: „Was auf den ersten Blick wie eine leicht

vergleichbare Dienstleistung wirkt, ist bei näherer Betrachtung eine komplexe Kombination verschiedener Bestandteile.“ Wie dicht die Gemeinde besiedelt sei, spiele ebenso eine Rolle wie die Größe der Behälter und die Leerungsintervalle, erklärte der VKU. Wichtig sei auch, ob neue Anlagen etwa zur Müllverbrennung noch geschrieben und welche Rückstellungen für Deponien gebildet werden müßten.

Haus & Grund-Chef Warnecke konterte diese Vorhaltungen als „nicht sachgerecht“. Es gebe ein großes Einsparpotential zum Nutzen von Mietern und Eigenheimern und um die Attraktivität der Städte zu steigern, resümierte der Verbandschef. Unterstützung erhielt er von Vertretern des Deutschen Mieterbundes. „Es kann nicht sein, daß dieselbe Dienstleistung so unterschiedlich viel Geld kostet. Es bedarf einheitlicher und transparenter Schlüssel, daß der Bürger versteht, wofür er bezahlt.“

Studie „Müllgebührenranking 2016“:  
► [www2.haus-und-grund.com](http://www2.haus-und-grund.com)

## LuxLeaks-Affäre: „Jeder habe Bescheid gewußt“

BRÜSSEL. Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber hat die Arbeit des LuxLeaks-Sonderausschusses zur Untersuchung von fragwürdigen Steuerpraktiken in einzelnen EU-Staaten (JF 17/16) scharf kritisiert. Es sei trotz einjähriger Arbeit nicht gelungen, „mehr aufzudecken als das, was wir bereits vor über einem Jahr in der Zeitung lesen konnten“, erklärte der Vizechef des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im EU-Parlament in Deutschlandfunk. Es habe „eine ganze Struktur von Blockaden“ gegeben. Der Protokoll-Leseraum sei wie beim Handelsabkommen TTIP: „Man darf keine Notizen machen, viele Dinge sind geschwärzt, damit man Länder nicht zuordnen kann, damit man keine Namen zuordnen kann“, erläuterte Ferber. Jeder habe Bescheid gewußt, „jeder hat weggeschaut“, und das gehe „fröhlich weiter“, klagte der Mittelstandsexperte. Viele Firmenzentralen seien in Benelux, Irland, Malta, Zypern oder den britischen Kanarinseln angesiedelt, weil man dort Gewinne gering versteuern und so verschieben kann, daß „Verluste dorthin geschoben werden, wo sie am besten abgeschrieben werden können“, erläuterte Ferber. Wenn man die Volumina anschau, um die es gehe, sei der größte Nutznießer von solchen Steuerpraktiken allerdings nicht Luxemburg, sondern die Niederlande. (fis) ► [europarl.europa.eu/committees](http://europarl.europa.eu/committees)

## Integrationskurse ohne gute Bleibeperspektive?

KÖLN. Das arbeitgeberfinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hält das neue Integrationsgesetz für unzureichend. So hätten Asylbewerber, die nicht in die Kategorie „mit guter Bleibeperspektive“ fallen, noch immer keinen Zugang zu steuerfinanzierten Integrationskursen. „Dabei wären Integrationsangebote während des laufenden Asylverfahrens gerade für diese Personen besonders wichtig, da sich die Verfahren bei ihnen besonders lange hinziehen“, klagt das IW. Die Öffnung der Instrumente der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsförderung gehe nicht weit genug und sei zu kompliziert geregelt. (fis) ► [iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten](http://iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten)

## Zahl der Woche

### Mit im Schnitt 8,65 Euro

ist ein 0,5-Liter-Lagerbier an einem Tresen in Norwegen am teuersten. In der Schweiz sind es 6,64 Euro, in Holland 5,05 Euro. Deutschland liegt mit 3,76 Euro im oberen Mittelfeld. Günstig sind Polen (1,29) und die Tschechei (1,13). In der Slowakei und Bulgarien ist ein Kneipenbier für einen Euro zu haben.

(Quelle: Eurostat)

## Wie verändert die Digitalisierung unser Leben?

Wer informiert sich heute noch aus einer Tageszeitung? Die tages-, stunden-, minutenaktuellen Informationen zum Weltgeschehen werden von einer großen Mehrheit längst über das Internet aufgenommen. Möglich hat das die Digitalisierung von Schrift, Ton und Bild gemacht. Und die Entwicklung von Sende- und Empfangsgeräten für jedermann. So hat sich unser mobiles Telefon zu einem kleinen Computer entwickelt, der uns morgens die neuen Nachrichten liefert, die wir sofort über soziale Netzwerke im Internet weiterverbreiten und kommentieren können. Dafür muß kein Papier mehr bedruckt werden. Aber die Smartphones sind nur der Anfang. Längst gibt es Uhren und Brillen mit eingebautem Bildschirm. Wo wird die digitale Reise bei der Informationsverbreitung und Kommunikation hingehen?

Autoren bis 30 Jahre rufen wir auf: Schreibt eine Reportage darüber, wie die Digitalisierung euer Leben heute prägt, oder eine fiktive Reportage, wie wir im Jahr 2026 leben werden, mit maximal 8.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen)! Eure Texte schickt ihr als PDF-Datei an [presse@jungfreiheit.de](mailto:presse@jungfreiheit.de) – wir sind auf eure Beiträge gespannt! Die ersten drei Gewinner werden beim Jungautoren-Seminar 2016 in Berlin ausgezeichnet.

Informationen: Dr. Bastian Behrens  
E-Mail: [presse@jungfreiheit.de](mailto:presse@jungfreiheit.de)  
Tel.: 030 / 86 49 53 - 24

Einsendeschluß ist der 31. August 2016

### Die Preise

1. Preis: iPad Air 2 im Wert von 700 Euro und eine Einladung zum exklusiven JF-Jungautoren-Seminar vom 30.9. – 1.10.16 in Berlin (inkl. Anreise und Hotel)
- 2.-3. Preis: Einladung zum exklusiven JF-Jungautoren-Seminar vom 30.9. – 1.10.16 in Berlin (inkl. Anreise und Hotel), Jahresabo der JF (Druck- und Online-Ausgabe)
- 4.-5. Preis: Jahresabo der JF (Druck- und Online-Ausgabe)
- 6.-10. Preis: Ein Buchpaket im Wert von 60 Euro

Jetzt mitmachen und iPad gewinnen!



JUNGAUTOREN WETTBEWERB 2016

# Digitalisierung